

"Die Linke zu verteidigen, heisst nicht, zum Schweigen verurteilt zu sein"

Letzte Woche haben unabhängig voneinander, das erzbischöfliche Menschenrechtsbüro (ODHA) und das Menschenrechtsbüro CALDH gegen die Ex-Guerilla Klage erhoben wegen Exekutionen in den eigenen Reihen im Jahre 1982. Der von CALDH begleitete Fall ist der von Guisela und Carlos López und Marilú Castillo, welche von der Führung des Guerillaheeres der Armen (EGP) in Nicaragua umgebracht wurden. Im folgenden Interview rechtfertigt Frank LaRue (Direktor von CALDH) die Klagen und erzählt, wie es dazu gekommen ist. Das Interview ist am 2. Juli in der Zeitung "El Periódico" erschienen.

Weshalb unterstützen Sie eine Klage, welche die ehemalige Guerilla angreift?

Unsere Aufgabe ist es, die Politik des Staates in Sachen Menschenrechte zu modifizieren. Wir sind daran interessiert, dass sich der Staat demokratisiert, dass sich ein Rechtsstaat etabliert, in dem die Menschenrechte eingehalten werden. Deshalb haben wir bisher dem Führen von Fällen gegen Sicherheitskräfte des Staates Priorität eingeräumt.

Und was hat Sie dazu bewegt, diesen speziellen Fall zu begleiten?

Wir müssen den Schmerz dieser Mütter verstehen, welche erst jetzt, 18 Jahre später, eine Anzeige machen können. Damit wollen sie die Erinnerung an ihre Kinder und deren Würde wiedererlangen. Wir kennen die Mütter seit langem: Doña Antonia López war in den siebziger Jahren Gewerkschaftsaktivistin. Sie ist ein Beispiel für revolutionäre Konsequenz, ebenso wie Doña Marta López und ihre Familie. Alle ihre Kinder waren in der URNG. Als sie uns um Hilfe baten, sahen wir keinen gerechtfertigten Grund, ihnen diese Hilfe zu verwehren. Es soll nicht als Angriff aus dem rechten politischen Lager verstanden werden. Es ist eine Familie mit Ueberzeugung, deren Mitglieder MärtyrerInnen sind, die ihr Leben für die Veränderung Guatemalas geopfert haben. Und jetzt plötzlich entdecken sie, dass ihre Kinder von den eigenen Compañeros/as umgebracht wurden.

Ihr Tun wurde von der Linken kritisiert.

Wir wurden kritisiert, doch niemand kann uns sagen, dass das Aufarbeiten dieses Falles nicht gerechtfertigt wäre. Die Erinnerung kann nicht selektiv sein. Der Verteidigung der Linken zuliebe, kann man uns nicht zum Schweigen verurteilen, das wäre gegen den Aufbau der Demokratie. Hier wollen sich einfach alle irgendwie rechtfertigen.

Der Präsident hat am 30. Juni zur Wiederversöhnung aufgerufen.

Dazu besteht keine ausreichende Grundlage. Nicht einmal der Staat will die Tatsachen wahrhaben. Die URNG muss ihre Irrtümer einsehen, auch wenn dies eine Schwächung ihrer Position bedeutet.

Bedeutet die jetzige Anklage, dass die Gespräche mit der URNG nicht fruchtbar waren?

Als die Angehörigen uns um Unterstützung baten, haben wir ihnen in erster Linie geraten, das Gespräch mit der URNG, speziell mit der Führung des EGP, zu suchen. Letzten Dezember hiess es seitens der URNG, sie seien kurz davor, die Ueberreste der gesuchten Personen zu finden, doch aus Gründen, die wir nicht unbedingt der URNG anlasten, gab es eine Verzögerung von weiteren sechs Monaten. Die Mütter waren am Verzweifeln. Dazu kam die Herausgabe der Todeslisten mit den Namen von 182 vermissten/verschundenen Personen. Zu diesem Zeitpunkt haben die Familien entschieden, die Verhandlungen mit der URNG als gescheitert zu betrachten. Sie baten uns, eine Pressekonferenz einzuberufen. Während der Verhandlungen bestand ein Schweigeabkommen, das sie nun durchbrechen wollen. Sie forderten eine sofortige Antwort von der URNG, ansonsten würden sie juristische Schritte einleiten, was ihr gutes Recht ist.

Ein Prozess hätte gewaltige politische Auswirkungen?

Ja, und das ist natürlich zur Zeit der Wahlkampagne eine komplexe Angelegenheit. Ich habe jedoch der URNG gesagt, dass die Aktion der Mütter keinerlei wahlpolitische Absichten verfolgt. Sie sind einfach verzweifelt, weil sich das nun schon so lange hinzieht und wollen nicht mehr warten bis nach den Wahlen, denn dann interessiert sich ja sowieso niemand mehr für ihren Fall.

Aber nebst der Absicht gibt es ja noch die Umstände...

Wir haben den Müttern erklärt, dass im aktuellen wahlpolitischen Kontext, durch die internen Konflikte sowohl innerhalb der URNG sowie innerhalb des Militärs, eine solche Anklage unvorhersehbare politische Folgen haben kann. Unser Rat war, die Sache öffentlich zu machen, der URNG klarzumachen, dass sie (die Mütter), im Recht sind, dass sie Informationen haben und zwar sehr viele... jedoch in erster Linie darauf zu bestehen, dass sie die Ueberreste ihrer Verwandeten zurückerhalten wollen.

Wie hat die URNG darauf reagiert?

Die URNG hat versprochen, einen letzten Versuch zu machen, die Ueberreste in Nicaragua zu finden. Wir haben den Müttern geraten, diesen Vorschlag anzunehmen, da es im Moment der beste Weg ist.

Was verhindert, dass die Ueberreste gefunden werden?

Es ist sehr schwierig, mit den Leuten in Kontakt zu kommen, welche die Toten beerdigt haben. Es heisst, viele von ihnen seien bereits gestorben und so könne der genaue Ort nicht bestimmt werden.

Jorge Soto von der URNG wehrt sich gegen die Anklage und sagt, es stünden politische Absichten dahinter. Und jetzt sind Sie ja auch bereit, noch einmal zu verhandeln.

Ich verstehe manchmal die URNG nicht so recht. Die Verhandlung lief ja eigentlich recht gut. Es gab dieses Schweige-

abkommen und wir haben die URNG immer über unsere Schritte informiert. Als Rolando Morán starb, gab es eine Verzögerung, doch die Mütter haben das begriffen. Vor zwei Jahren befanden wir uns noch nicht im Wahlkampf und die Anklage war gegen Mitglieder der Führung des Ex-EGP, die zu dieser Zeit in Managua waren. Dass dieselben Leute heute öffentliche PolitikerInnen sind, ist ein anderes Problem.

In Regierungskreisen heisst es, die Anklage gefährde den Friedensprozess.

Das stimmt, und das beunruhigt mich auch. Es ist eine der unerwünschten Konsequenzen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass es gar nicht erst zu einem Prozess kommt, sondern die Suche nach den Ueberresten bald abgeschlossen wird.

Von Rechts wegen müsste nun das Ministerio Público einschreiten.

CALDH hat ihren Fall nicht beim Mini-

sterio Público präsentiert. Die ODHA den ihren jedoch schon. Es handelt sich da um einen unglücklichen zeitlichen Zufall, denn die öffentliche Meinung vermischt die beiden Fälle. Dabei sind sie verschieden und werden nicht mit derselben Strategie angegangen.

Ist es überhaupt möglich, in Guatemala ein Delikt zu verurteilen, das in einem andern Land begangen wurde?

Es ist möglich, eine Anklage einzureichen und das Ministerio Público kann eine Untersuchung einleiten, der zuständige Richter wird dann entscheiden, ob eine Verurteilung in seiner Kompetenz liegt.

Haben Sie schon andere Klagen gegen die URNG geführt?

Nein, dies ist ein aussergewöhnlicher Fall. Es geht mir um die Anerkennung des revolutionären Bewusstseins der Mütter.

CEAR und ACNUR beendeten ihre Arbeit am 30. Juni

Guatemala/Mexiko, 1. Juli. Am 24. Juni kehrten die letzten "offiziellen" 174 Flüchtlinge aus dem mexikanischen Exil nach Guatemala zurück. Am selben Tag erklärte der Vizepräsident Luis Flores Asturias die Arbeit der Staatlichen Kommission für Repatriierte (CEAR) und des UNO-Flüchtlingshochkommissariats (ACNUR) in Guatemala als beendet. Er bat die ACNUR, Guatemala aus der Liste derjenigen Länder zu streichen, welche Flüchtlinge in andern Ländern haben.

Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre, als sich der interne, bewaffnete Konflikt verschärfte, wandten die jeweiligen Regierungen die als "Strategie der verbrannten Erde" bekannten Repressionsmassnahmen gegen ländliche Familien und Gemeinden an, mit der Absicht, so der Guerilla ihre Basis zu entziehen.

Was damit in erster Linie erreicht wurde, war die erzwungene Migration dieser Bevölkerung innerhalb des Landes oder in eines der Nachbarländer. Die meisten Flüchtlinge gingen in den Süden Mexikos, andere flüchteten nach Honduras und viele versteckten sich innerhalb des guatemaltekischen Territoriums.

Zwischen 1980 und 1984 flüchteten etwa 45'000 Guatemalteken nach Mexiko, und das UN-Flüchtlingshochkommissariat (ACNUR) begann seine 19 Jahre dauernde Begleitarbeit, welche am 30. Juni dieses Jahres zu Ende ging. Im März 1987 gründete ACNUR ein Büro in

Guatemala Stadt, um von dort aus die seit Anfang 1984 begonnen Rückführungen weiterhin betreuen zu können. 1991 wurde ein Vertrag mit der Regierung geschlossen, welcher diesen Teil der Arbeit von ACNUR formalisierte.

Um die Repatriierung der Flüchtlingsfamilien zu erleichtern, wurde 1986, während der Regierungszeit von Vinicio Cerezo die Staatliche Kommission für Repatriierte (CEAR) gegründet. Am 8. Oktober 1992 wurde zwischen der CEAR und den Ständigen Kommissionen (CCPP) der guatemaltekischen Flüchtlinge ein Vertrag unterzeichnet, der die Sicherheit der RückkehrerInnen garantiert und den Kauf von Land und Krediten regelt. Innerhalb der 13-jährigen Arbeit der CEAR kehrten 42'437 Personen nach Guatemala zurück. 1'245 nahmen die mexikanische StaatsbürgerInnenschaft an und weitere 10'403 blieben als MigrantInnen mit dem Status FM2 in Mexiko.

Die guatemaltekischen Flüchtlingsorganisationen äussern sich beunruhigt darüber, dass bis zum Tag der Beendigung der Arbeit von ACNUR und CEAR noch nicht bekannt war, welche staatliche Institution die weitere Betreuung der RückkehrerInnen übernimmt. Für sie ist der Prozess der Wiederintegration noch längst nicht abgeschlossen. Für Anastasia Chajil, Mitglied des Exekutivkomitees der Konsultativversammlung der Entwurzelten Bevölkerung (ACPD) wäre es logisch, dass das Sekretariat für den Frieden (SEPAZ) und der Landfonds (FONATIERRA) die Auf-

gabe übernehmen müssten. In einem Kommuniqué betont die APCD die Wichtigkeit, dass die entsprechenden staatlichen Institutionen die nötigen technischen und finanziellen Mittel bekämen, um den Bedürfnissen der entwurzelten Bevölkerung entsprechen zu können. Am 3. Juli denunzierte der Präsident der Vereinigung der entwurzelten Bevölkerung des Petens (ADEP), Francisco Javier Mateo, die Absicht der Regierung,

¡Fíjate!

Herausgeber:

Verein ¡Fíjate!

2502 Biel

PC- 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fíjate!

c/o Barbara Müller

Bözingenstrasse 33

2502 Biel

Tel. 032/341 90 80

E-Mail:

barbara@bam.links.ch

Jahresabo: 100,- Fr.

Auslandsabo: 120,- Fr.

Förderabo: ab 200,- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Kopieren wird mit schlechtem Gewissen bestraft.

die Technische Kommission zur Unterstützung der Entwurzelten Bevölkerung (CTEAR), welche aufgrund der Friedensabkommen geschaffen wurde, aufzulösen. Begründet werde diese Absicht mit der Ablehnung der Verfassungsreformen.

Für Alfonso Monroy, Vertreter der Widerstandsdörfer des Petén (CPR-P), bringt die Auflösung von ACNUR und CEAR die Möglichkeit mit sich, eine Interinstitutionelle Instanz zu schaffen, die das Thema der entwurzelten Bevölkerung behandelt. Sei dem nicht so, würde das Vertrauen in den Staat verlorengehen, und sich eine Stimmung der Frustration breitmachen, meint Monroy.

„Wir sind bereit, zu kämpfen, bis Lösungen für unsere Situation gefunden werden“, sagt Juan Pascual, Exekutivsekretär der Vereinigung der Landlehrer Guatemalas, der sich vor allem mit der schulischen Situation der RückkehrerInnen beschäftigt. Für Pascual hat CEAR seine Aufgabe nicht erfüllt, sondern sich immer nur um die Grundbedürfnisse der Zurückkehrenden gekümmert, wie Essen, Wasserversorgung, und eine minimale Gesundheitsversorgung. Ausserdem hätten die Verhandlungen zwischen der Regierung und den RückkehrerInnen oft bis zu drei Jahre gedauert. Ebenso seien seitens der Regierung unakzeptable Bedingungen gestellt worden und bürokratische Hindernisse hätten die Verhandlungen gebremst. „Ich weiss nicht, ob ich glücklich oder traurig sein soll über die Auflösung von CEAR“, sagt Juan Pascual.

Für die VermittlerInnen in den Verhandlungen zwischen Regierung und der Ständigen Kommissionen der guatemaltekischen Flüchtlinge (CCPP), ist die Rückkehr noch nicht gleichzusetzen mit der Integration. Sie hoffen, dass die Bedürfnisse der RückkehrerInnen durch die Friedensabkommen abgedeckt werden, speziell durch die Abkommen über die Wiederansiedlung der vertriebenen Bevölkerung und die Sozioökonomische Situation.

Einige AnalytikerInnen meinen, dass die Situation der entwurzelten Bevölkerung kein Sonderfall mehr sei. Die VermittlerInnen in den Verhandlungen widersprechen dem vehement: Die zurückgekehrte Bevölkerung sei noch fern einer kompletten Wiedereingliederung und hätte keine ökonomischen Zukunftsperspektiven.

Auf insgesamt 35 Fincas, in verschiedenen Departamenten verteilt, schauen Tausende von RückkehrerInnen ihrer unsicheren Zukunft entgegen. Verschiedene Vereinbarungen aus dem Vertrag vom 8. Oktober 1992 bleiben offen, so z.B. die Legalisierung des Bodens, die Unterstützung der Gemeinden und

Wechsel in der Militärführung

Guatemala, 30. Juni. Anlässlich der Feier zum "Tag des Militärs" wurden auch dieses Jahr die Mutationen in der obersten Militärführung öffentlich zelebriert. Relativ unerwartet wurde Marco Tulio Espinoza zum Verteidigungsminister ernannt. Knappe zwei Wochen zuvor hatte Espinoza diskret die Möglichkeit einer Beförderung abgeklärt und die Antwort war damals noch negativ.

Am 22. Juni wurde am Radio von der Beförderung zweier Obersten gesprochen, jedoch wurde eine Änderung an der Militärspitze nicht in Betracht gezogen. Später am selben Tag erfuhr Hector Barrios Celada im Kongress von seiner Absetzung als Verteidigungsminister. Die Ernennung Espinozas ist eine Bestätigung der Anerkennung Arzu's für seinen nächsten militärischen Mitarbeiter. Für die Internationale Gemeinschaft wird diese Ernennung eher ein Affront sein, sympathisierte sie doch nicht unbedingt mit Espinoza. Ebenso für die Menschenrechtsorganisationen, im Zusammenhang mit dem Fall Mincho und für die Kirche, welche die Aufklärung des Mordes an Gerardi fordert. (Wenige Tage vor der Ernennung Espinozas hat der ehemalige Richter Juan Carlos Solás Oliva bekanntgegeben, dass er Espinoza und zwei Mitglieder des EMP wegen intellektueller Verantwortlichkeit für den Mord an Gerardi anklagen wird. Espinoza streitet jegliche Verwicklung in den Fall ab, und selbst Alvaro Arzu nimmt öffentlich den zukünftigen Verteidigungsminister in Schutz.)

Durch das "Nein" bei der Volks-

befragung zu den Verfassungsreformen, bekommt der Posten des Verteidigungsministers neues politisches Gewicht, bleibt er doch weiterhin nur für hohe Offiziere reserviert. In der geplanten Restrukturierung des Militärs ist sogar vorgesehen, dass die Figur des Ministers gleichbedeutend mit der des Chefs der Streitkräfte und somit den Waffenchefs (Infanterie, Schiff- und Luftwaffe) übergeordnet ist. In diesem Fall würde der Chef des Generalstabs an Wichtigkeit verlieren. Mit der Ernennung Espinozas ist die Militärführung in Händen der militärischen Hardliner. Als Espinozas Nachfolger als Chef des Generalstabs wurde Víctor Manuel Ventura ernannt.

Parallel zum Defilé des Militärs fand auch dieses Jahr eine Demonstration der Angehörigen von Verschwundenen sowie von Kriegsverletzten statt. Mitglieder der Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM) führten Schilder mit den Namen der über 100, zwischen 1983 und 1984 verschwundenen Personen mit. Mario Polanco vom GAM bedauert, dass an der alljährlichen Feier des Militärs immer wieder bekannte Verletzte der Menschenrechte öffentlich geehrt werden. Weiter kritisiert Polanco, dass die wichtigen militärischen Positionen von Vertretern der "alten Garde" besetzt sind und befürchtet eine zunehmende Verhärtung der Positionen des Militärs, was den Menschenrechtsorganisationen den Kampf gegen die Straffreiheit erschwert.

Die Kriegsverletzten ihrerseits reklamierten, auch sie seien Opfer des Krieges und dass es ungerecht sei, dass die Ex-Guerilla Geld und Land bekäme und sie leer ausgingen.

Gräber in den Installationen der ex- PMA gefunden

Guatemala, 9. Juli. Bei Bauarbeiten in den Installationen der Zivilen Nationalpolizei, ehemals Ambulante Militärpolizei (PMA), wurden Ende letzten Jahres die Ueberreste von Menschen gefunden. Erst jetzt hat sich der Direktor der Polizeiakademie entschlossen, die Funde bekanntzugeben und der Regierungsminister, Rodolfo Mendoza hat sofort Anzeige erstattet.

Die Organisation der Familienangehörigen von Verschwundenen (FAMDEGUA) hat die sofortige Exhumierung der Gräber gefordert. Es existieren ZeugInnenaussagen von Personen, die in den siebziger- und achtziger-Jahren an diesen Ort, der unter

dem Namen "La Isla" bekannt war, gebracht und dort gefoltert wurden. Dies sei der erste geheime Friedhof, der in Installationen des Militärs gefunden wurde. FAMDEGUA vermutet, bei den Leichen könnte es sich um die 27 GewerkschafterInnen handeln, die 1980 verschwunden waren. Weiter zeigt sich FAMDEGUA darüber beunruhigt, dass hochrangige Autoritäten in solche Verheimlichungen verwickelt sind und fordert, dass die Personen, die zu dieser Zeit an der Militärspitze standen, wie z.B. Germán Chupina oder Pedro García, sowie die Chefs der militärischen Intelligenz, unter dem Namen G-2 bekannt, dazu aufgefordert werden müssen, Aussagen zu machen.

Frauenorganisationen fordern Absetzung des Menschenrechtsprokurators

Guatemala, 1. Juli. Die Guatemalteki-sche Frauenbewegung (MGM) hat vor der Menschenrechtskommission des Kongresses die sofortige Absetzung des Menschenrechtsprokurators Julio Arango Escobar gefordert sowie die Ernennung eines neuen Prokurators, "der die Menschenrechte würdigt und jeglichen Machtmissbrauch seitens eines Staatsangestellten oder einer Privatperson bekämpft". Seit seiner Einsetzung habe der Prokurator willkürliche Personalverschiebungen vorgenommen, ohne die spezielle Arbeitsleistung der Betroffenen zu studieren oder ihre Vorgesetzten

zu konsultieren. Als Reaktion auf die Entlassungen wollten die Frauen sich gewerkschaftlich organisieren, doch als Reaktion darauf hätten die Entlassungen zugenommen, speziell gegen diejenigen Frauen, die zur Organisierung aufgerufen hätten. Das Fass zum Überlaufen gebracht hat die unbegründete Entlassung der Verantwortlichen für Frauenrechte innerhalb der Ombudsstelle, Patricia Pinto. Pinto wurde ohne Begründung und ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen. In einer Pressekonferenz am 17. Juni forderten die Frauen die Wiedereinstellung von Patricia Pin-

to und eine Entschuldigung seitens Escobars. Gleichzeitig denunzierten sie, dass verschiedene Mitarbeiterinnen der Frauenstelle Opfer polizeilicher Ueberwachung geworden seien.

Am ersten Juli fand eine vom Menschenrechtsprokurator einberufene Pressekonferenz statt, an der verschiedene Vertreterinnen der regionalen Frauenstellen für Menschenrechte Arango Escobar ihre Unterstützung zusicherten. Die Guatemalteki-sche Frauenbewegung ist über dieses Verhalten erstaunt und räumt ein, diese Frauen hätten ihre Aussagen unter Druck gemacht.

Verleumdungskampagne gegen die Linke

Guatemala, 6. Juli. Die FDNG-Kongressabgeordnete Nineth Montenegro bezeichnet die Tatsache, dass sie von verschiedenen Medien in einen Zusammenhang mit dem Brand der Türe des Kongresses gebracht wurde, als Verleumdung und Lüge. Montenegro und Amílcar Méndez wurden nach der Demonstration vom 18. Juni, gegen die Erhöhung der Telefentarife vom staatlichen Nachrichtenprogramm AVANCES, der Urheberschaft dieses Brandes bezichtigt. Während des Programmes wurden Bilder von maskierten Leuten, welche vor den Toren des Kongresses Tumult schlugen, mit Bildern von Montenegro, Méndez und Acisclo Valladares von der progressiven Freiheitspartei (PLP) gemischt. Nineth Montenegro weist darauf hin, dass infiltrierte Provokateure den Tumult angezettelt hätten.

Als Täter wurde Wilson Odair Morales Cordón verhaftet und des "Terrorismus" bezichtigt. Laut Montenegro geht es bei dieser Verhaftung nur darum, jemanden zum Sündenbock abzustempeln und for-

dert eine sofortige Untersuchung. Bis jetzt weigert sich der Angeklagte, vor Gericht auszusagen. Sein Anwalt, Mario Menchú, denunziert ausserdem, es seien Drohungen gegen seinen Mandanten ausgesprochen worden. Er macht die Regierung für mögliche körperliche Angriffe auf ihn verantwortlich. Nineth Montenegro wird vom Vater des verhafteten Täters beschuldigt, in ihrem Auto das Benzin transportiert zu haben, mit dem die Türe angezündet wurde.

Die linke Politikerin meint, es sei ein Leichtes, Bilder von militanten Aktionen auszugraben, an denen sie früher teilnahm und diese Bilder am Fernsehen zu zeigen, z.B. von einer Kongressbesetzung, an der sie teilgenommen habe als Mitglied von GAM. Heute würde die Linke jedoch den Rechtsstaat respektieren und diese Kampagne wolle nur ihr Bild beschmutzen.

Auf Initiative des FDNG forderten die Oppositionsparteien im Kongress am 7. Juli ein Sende- und Verbot für AVANCES. "Wir sind beunruhigt über die Richtung, die

das Programm zur Zeit der Wahlkampagne einschlägt, speziell deshalb, weil dabei staatliche Mittel missbraucht werden, um die Opposition zu diffamieren."

Der Präsidentschaftskandidat der Regierungspartei PAN, Oscar Berger, versicherte, dass AVANCES den Sendebetrieb einstellen müsse, um weitere Polemik zu vermeiden. Héctor Cifuentes Mendoza, Generalsekretär derselben Partei meinte hingegen, es sei nicht die Aufgabe der Regierungspartei, eine Schliessung von AVANCES anzuordnen. Eine solche Entscheidung liege letzten Endes in den Händen des Präsidenten. Gleichzeitig lässt die Regierungssprecherin, Yolanda Bolla, verlauten, das staatliche Nachrichtenprogramm AVANCES werde nicht abgesetzt, da nicht gegen die Richtlinien der Wahlbehörden verstossen worden sei. Die Aufgabe des Programmes bestehe darin, dem Publikum zu zeigen, wofür ihre Steuer-gelder eingesetzt würden, und das sei keine politische Propaganda, sondern ihre Informationspflicht.

Drohender Streik der Busführer

Guatemala, 10. Juni. Eine Einigung im Streit zwischen den Behörden und der Gewerkschaft der Fahrzeuglenker und Busführer (SPASG) wegen der Erhöhung des Preises für die Erneuerung der Führerlizenz, scheint nicht in Aussicht zu sein. Bei einer ersten Protestaktion der Buschauffeure vom 2. Juni wurden über 160 Personen verhaftet, mussten jedoch wenige Tage später mangels Anklage freigelassen werden.

Der Gewerkschaftssekretär der SPASG, Victorino Zacharías betont, ihre Aktion sei nicht gegen die Regierungspartei an sich gerichtet, sondern einzig gegen die Privatisierungswelle und deren Konsequenzen, welche schlussendlich durch die ganze Bevölkerung mitgetragen werden müsse.

Vicente Bamáca von der UNSITRA-GUA ruft die Bevölkerung auf, sich mit den Chauffeuren zu solidarisieren. Ins-

gesamt seien etwa 600'000 Personen, welche indirekt im Transportwesen arbeiten, von der Preiserhöhung betroffen. Die Regierung fordert Bamáca auf, die Forderungen der Transportarbeiter ernstzunehmen und nicht zu warten, bis sie zur Tat schreiten, was ein soziales Chaos provozieren würde.

Am 9. Juni wurde die Erhöhung des Benzinpreises um 50 Centavos pro Gallone angekündigt.

Rücktritt des Finanzministers

Guatemala, 8. Juni-Als überraschend wird der Rücktritt des Finanzministers Pedro Miguel Lamport bezeichnet. Laut seinen eigenen Aussagen, ist er aus familiären Gründen zurückgetreten, Gerüchte über Unstimmigkeiten mit der Regierungsführung weist er zurück, "es gibt immer Reibungen, vor allem wenn das Haushaltbudget eines Staates so niedrig ist und nicht alle Bedürfnisse der Bevölkerung gedeckt werden können", meint Lamport.

Bereits 1998 schloss die Regierung ihre Haushaltsrechnung mit dem größten Defizit seit 1990 ab. Auch während der ersten vier Monate 1999 wurde das Budget um 277 Millionen Quetzales überzogen. Gleichzeitig heisst es aber auch, ein Teil der internationalen Hilfe,

die Guatemala zum Wiederaufbau nach dem Hurrikan Mich zugesprochen bekam, sei nicht im Haushaltsbudget verrechnet worden.

Anfang Mai wurde das Budget um rund 3,3 Millionen Quetzales aufgestockt, welche aus dem Verkauf von TELGUA stammen, was eine Polemik im Kongress auslöste und von der Republikanischen Front (FRG) angefochten wurde.

Der Rücktritt von Pedro Lamport löst unter den Inverstoren und Unternehmern des Landes Unsicherheit über die Zukunft der Nationalökonomie aus. Sie sahen es als eine gewisse Garantie an, dass sich Lamport gegen eine masslose Erhöhung der öffentlichen Ausgaben aussprach, welche von gewissen Kabinettsmitgliedern als Mittel zum Stim-

menfang proklamiert wurde. Die Position Lamports sei nicht im Interesse der Regierungspartei gewesen, deren einziges Interesse es sei, die Wahlen zu gewinnen, mit dem Risiko, die sowieso schon gefährdete Oekonomie noch mehr zu destabilisieren.

Als letzte Amtshandlung hat Lamport mit dem Wirtschaftskabinett ausgehandelt, dass die öffentlichen Ausgaben gedrosselt würden und Ende Jahr unter dem vorangeschlagenen Budget abgeschlossen werde. Ausserdem ist die Budgeterhöhung von rund 3,3 Millionen Quetzales aufs Eis gelegt, solange die Klage des FRG hängig ist.

Bis zum Ende der Amtszeit 1999 wird Irma Luz Toledo Peñate als Nachfolgerin Lamports amten.

Präsidentenskandidaten und ihre Regierungsprogramme

Guatemala, 7. Juli-Während täglich neue Informationen zu möglichen BürgermeisterInnenkandidaturen und Wahlallianzen veröffentlicht und kurz darauf widerrufen werden, sind die Präsidentenskandidaten damit beschäftigt, an öffentlichen Auftritten zu aktuellen Themen Stellung zu nehmen und ihr jeweiliges Regierungsprogramm vorzustellen.

Der erste gemeinsame, öffentliche Auftritt von sechs Präsidentenskandidaten fand am 1. Juli vor der Industriekammer Guatemalas (CIG) statt. Wenn auch mit verschiedenen Argumentationen, waren sich die Kandidaten darüber einig, dass die wichtigen Themen der nächsten Regierung die Sicherheit, die Wettbewerbsfähigkeit, die Makroökonomie sowie eine stabile Aussenwirtschaft sein müssen. Obwohl als "Spielregel" abgemacht war, keine persönlichen Angriffe zu starten, verpassten die Kandidaten keine Gelegenheit, sich gegenseitig anzugreifen. Oscar Clemente Marroquín (UN/AD), kritisierte all diejenigen, die ihr Exposé ablasen. Der Kandidat der Regierungspartei (PAN), Oscar Berger, antwortete ihm daraufhin, er hätte mit ablesen schon zweimal die Bürgermeisterschaft der Hauptstadt gewonnen und meinte, "besser gut ablesen statt schlecht improvisieren..."

Auch die Diskussion um die Widderrufung des Paktes von San José (Abschaffung der Todesstrafe), ist Thema der Auftritte der Präsidentenskandidaten. Acisclo Valladares (PLP) und

Francisco Bianchi (ARDE) sowie der Kandidat der Grünen Partei, José Enrique Asturias Rudeke sprechen sich für die Todesstrafe aus, es sei die einzige Strafe, die dafür garantiert, dass der Täter nicht rückfällig werde. Dagegen sind Alfonso Portillo (FRG) Ernesto Sosa Avila (ARENA) und Oscar Clemente Marroquín (UN/AD). Ernesto Sosa Avila hat am 7. Juli seine Kandidatur für ARENA bereits wieder gekündigt.

In einem Auftritt vor der internationalen Presse am 8. Juli äusserte Oscar Berger, die Abkommen seien der einzige Garant für Frieden in Guatemala. Er würde, im Falle eines Wahlgewinns, die nötigen Mechanismen einführen, um den Friedensabkommen die legale Basis zu garantieren. Grundlage dafür sei ein funktionierender Rechtsstaat und die Modernisierung des Justizapparates. Zum Thema Privatisation meinte Berger, er sei dafür, die Aktiven des Staates zu verkaufen, doch liesse die Regierung Arzu nichts mehr zu privatisieren übrig. In einem Radiointerview mit "Emisoras Unidas" spricht Berger über mögliche Allianzen im Falle eines zweiten Wahlganges: Mit Ausnahme der Republikanischen Front (FRG) könne er sich Allianzen mit allen politischen Parteien vorstellen, vorausgesetzt, sie würden die Ideologie des PAN teilen. Selbst die Annäherung an die ANN schliesst er nicht aus.

Alvaro Colom (ANN) sieht seine Partei "als einzigen Garant für den Frie-

den in unserem Land. Wir wollen mit den neoliberalen Paktiken der jetzigen Regierung aufhören, welche das Land wie eine Finca regiert hat, wir wollen die Regierung transparenter und humaner machen." In einem Interview anlässlich seines Besuchs in Spanien ende Juni bezeichnet Colom die ANN als einzige politische Kraft, welche die Weiterführung des Friedensprozesses garantieren kann. Ihr Regierungsprogramm basiere in erster Linie in der Stärkung des Demokratisierungsprozesses und der ökonomischen Entwicklung, sowie in der Vertiefung der Friedensabkommen. Sie hätten konkrete Vorschläge bezüglich einer Justizreform und der Einhaltung der Menschenrechte. Sowohl ein erneuter Sieg der Regierungspartei (PAN), sowie der vom Ex-Diktator Efraín Ríos Montt angeführten Republikanischen Front (FRG) hätten einen Rechtsrutsch im Lande zur Folge, was neue soziale Probleme mit sich führe.

Die Führung der ANN (Alvaro Colom und Vitalino Similox) sowie Arnoldo Noriega, Sekretär für Internationale Beziehungen, reisten nach Spanien, um über die Vorbereitungen der Wahlen zu informieren und um ihr Regierungsprogramm vorzustellen. Sie trafen sich u.a. mit dem Führer der PSOE und dem Ex-Präsident Felipe Gonzales. Erster hat der ANN finanzielle Unterstützung zugesichert.

Ratten- und Heuschreckenplage im Petén

Guatemala, 10. Juli. Bauern und Bäuerinnen des Petén äussern sich entrüstet über die verbale Drohung, welche der Leiter des Pflanzenschutzprojekts des Ministeriums für Landwirtschaft, Viehzucht und Nahrungsmittel (MAGA), Juan Carlos Barquín Aldecoa, gegen den stellvertretenden Bürgermeister des Dorfes La Gloria, Manuel Tobar, ausgesprochen hat.

Laut Andreas Figueroa, dem Präsidenten der NachbarInnenvereinigung des Dorfes La Gloria im Bezirk La Libertad, hat das Problem begonnen, als die betroffenen Bäuerinnen und Bauern sich bei verschiedenen Medien darüber beklagte, die Regierung und das MAGA würde sie nicht unterstützen im Kampf gegen die Ratten- und Heuschreckenplagen. Das einzige, was sie bisher zugesprochen bekommen hätten, seien ca. 25 Kilogramm Pflanzenschutzmittel für über 300 ProduzentInnen. Jetzt wird Tobar dazu aufgefordert, sich beim Präsidenten Alvaro Arzú und dem Leiter des MAGA, für die Veröffentlichung ihrer Klagen zu entschuldigen. Ansonsten würden sie ganz aus dem Hilfsprogramm gestrichen.

Am meisten von der Plage bedroht sind die Gemeinden La Libertad und Sayaxché. Bis jetzt wurden schon Ernteeinbussen von 125 Millionen Quetzales kalkuliert, davon ca. ein Viertel der gesamten der Maisernte, die allein 73 Millionen Quetzales ausmacht.

Am 11. Juni wurde in den beiden Gemeinden der Ausnahmezustand verhängt. Laut einer Pressemeldung des MAGA vom 14. Juni, hätte man schon seit Mitte März von einer wachsenden Anzahl Ratten in der Region gewusst. Seither sei das Gebiet beobachtet worden, man habe versucht, die betroffenen Flächen einzukreisen und hätte mit der Bevölkerung Informations- und Aufklärungsarbeit gemacht.

Im April wurden zum erstenmal Heuschreckenschwärme auf einer Finca in La Libertad entdeckt, welche sich in den letzten Monaten multipliziert haben. Laut Regierungsquellen wäre eine Anfangssumme von 2,5 Millionen Quetzales nötig, um die beiden Plagen zu bekämpfen. Es wurde eine Kommission aus nationalen und internationalen Fachleuten zusammengestellt, welche einen umfassenden Bekämpfungsplan ausgearbeitet hat.

Juan Carlos Barquín, Koordinator des Pflanzenschutzprojektes des Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Nahrungsmittel (MAGA) informiert, dass die Rattenplage sich über ein Ge-

biet von 750'000 Hektaren ausgebreitet hat, mit einer Dichte von 500 Ratten pro Hektare (100x100 m). Die Heuschreckenplage erstreckte sich auf ein Gebiet von 250'000 Hektaren. 240 Dörfer seien stark davon betroffen.

Die Methode, die Plage zu bekämpfen, sei im Falle der Heuschrecken die Infizierung mit einem Pilz, der nur diese Tiere befallt. Gegen die Ratten wolle man 40 bis 50 Tonnen vergiftetes Tierschmalz verteilen, um so die Menge um 50 Nagetiere pro Hektare zu verringern. Diese Massnahmen würden innerhalb 4-5 Tagen Wirkung zeigen. Dem Biologen Franz Dieseldorff zufolge, hätte es aber in diesen besonders stark betroffenen Gebieten mindestens 3000 Ratten pro Hektare, was etwa 400 Tonnen Gift benötigte.

Dieseldorff erklärte in einem im letzten November veröffentlichten Interview, dass die Plagen unter anderem eine Folge des Hurrikans Mitch sei. Die Ratten seien gezwungen gewesen zu migrieren. Auch die ausgedehnten Waldbrände des letzten Jahres, hätten eine Änderung des Ökosystems verursacht (siehe *fíjate* Nr. 160, 27. Mai 1998). Ebenso habe das Roden des Urwaldes und das Anlegen von Feldern einen Einfluss.

Falls nicht sofort etwas unternommen wird, muss mit einer Verdoppelung des von der Plage betroffenen Gebietes gerechnet werden, da innerhalb weniger Wochen die Brut der Heuschrecken flugreif ist.

Etwa 35'000 ProduzentInnen sind von den Ernteeinbussen betroffen. Die Folgen davon sind katastrophal für die Region. Bankkredite, welche aufgenommen wurden, um Saatgut und Insektizide zu kaufen, können nicht zurückbezahlt werden. Ebenso ist bereits jetzt ein Mangel an Mais in der Gegend auszumachen. Selbst die Vorratskammern seien von den Nagetieren befallen und somit auch die Vorräte vergiftet.

Die BürgermeisterInnen der Region sehen sich gezwungen, im Ausland um Hilfe zu bitten, um der Nachfrage nach Mais nachzukommen, informiert der Bürgermeister von La Libertad, René Reinososa Alegría.

Es ist auch nicht auszuschliessen, dass sich die Rattenplage auf andere Gemeinden und Departamente ausdehnt. Vielfach werden die Tiere zusammen mit den Produkten auf den Lastwagen transportiert und so wird die Plage in andere Dörfer verschleppt. In Poptún, in San Luís und in Izabal ist bereits eine beachtliche Zunahme an Ratten verzeich-

net worden. Es sei auch nicht auszuschliessen, dass die Plage Konsequenzen auf den Viehzuchtsektor hat. Ratten können Krankheiten übertragen, und wenn erst einmal das Vieh betroffen ist, kann das auch für die Menschen gefährlich werden, meint Reinososa Alegría. Deshalb hätten sie beschlossen, auch das Gesundheitsministerium zu informieren.

Liebe Leserinnen, Liebe Leser

Biel, 14. Juli-Als ich Ende März erfuhr, dass die Herausgabe des *Fíjate* eingestellt werden sollte, merkte ich erst, wie wichtig und unabkömmlich mir diese Publikation ist. Meine anfänglichen Reaktionen von "das darf doch nicht wahr sein" über "schon wieder ein inhaltlich-politisches Blatt weniger" hin zu "wie und wo soll ich mich in Zukunft bloss informieren" kulminierten sich in "weilhalb den *Fíjate* nicht weiterführen". Schriftlichem Hin und Her mit Tine folgte Mitte Mai ein Treffen in Frankfurt und der endgültige Entschluss, den Versuch zu wagen. Als Versuch möchte ich es auch weiterhin deklarieren, abhängig von meiner persönlichen Situation (Zeitaufwand und Einkommen), abhängig von der finanziellen Situation des *Fíjate* und abhängig nicht zuletzt von Euch Abonentinnen und Abonnennten! Die letzten Wochen waren in erster Linie mit dem Lösen von technischen Problemen ausgefüllt. Mit der finanziellen Situation und den sinkenden Abozahlen habe ich mich noch nicht eingehend beschäftigen können und bin um jede Idee und um jeden Tip dankbar.

Die meisten Abos gehen nach Deutschland. Die erste grosse Werbeaktion wird deshalb in der Schweiz stattfinden. Damit die Administration nicht zu kompliziert ist, werden die Schweizer Abos von mir betreut, wir haben neu in der Schweiz auch ein Postcheckkonto eingerichtet. Deutsche Abos werden (weiterhin) von Christian Hagmann betreut.

Ich möchte ganz herzlich Tine danken, ohne deren grenzenlose Unterstützung ich wohl gar nicht erst den Mut gehabt hätte, dieses Projekt weiterzuführen. Ebenso allen Leuten rund um den *Fíjate*, die ich, ebenso wie einen Riesenstapel Papiere von Tine "geerbt" habe und die mich weiterhin unterstützen, sowie Euch, für das Verständnis bei anfänglichen Pannen.

Barbara Müller